

„Eine große sozialwissenschaftliche und pädagogische Leistung“?*

Bemerkungen zu dem Buch von Deppe, Fülberth, Harrer (Hg.):
Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Prof. Dr. Helga Grebing hat schon oft für die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ geschrieben, zuletzt in Nr. 2/78.

Was man wissen sollte, wenn man Geschichtsbücher schreibt oder liest.

Es besteht wohl Übereinstimmung unter denen, die sich wissenschaftlicher Erkenntnismethoden bedienen, daß jede wissenschaftliche Erkenntnis (die Naturwis-

* Der Titel dieses Aufsatzes ist ein wörtliches Zitat aus einer Stellungnahme, die Wolfgang Abendroth über dieses Buch (Frank Deppe, Georg Fülberth, Hans-Jürgen Harrer [Hg.]: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Mit Beiträgen von Frank Deppe, Georg Fülberth, Käthe Gersting, Hans-Dieter Gimbel, Jürgen Harrer, Wolfgang Heker, Kurt Pohl, Wittich Roßmann, Jutta Schmidt, Wolfgang Seichter, Christfried Seifert, Gerhard Weiß, Anne Weiß-Hartmann, Frauke Werther, 475 S., Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1977) geschrieben hat. Vgl. die Besprechung von Manfred Scharrer: Eine die Geschichte verfälschende „Gewerkschaftsgeschichte“, in: Die Quelle, Nr. 11/1978, S. 606—608. Die Auseinandersetzung über dieses Buch ist breit dokumentiert in: Frankfurter Rundschau Nr. 2, 3, 4 vom 3., 4., 5. 1. 1979. Vgl. auch u. a.: Theo Pirkers offenen Brief in: Langer Marsch Nr. 39 (Dezember 1978); Gerhard Beier: Leninisten führten die Feder, in ötv-magazin 3/79, S. 33 ff.; Eine schöne Geschichte, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus Nr. 21 (Januar 1979), S. 169 ff.; Manfred Wirke: Gewerkschaftsgeschichte kontrovers, in: Die Neue Gesellschaft Nr. 3/1979, S. 218 ff.

senschaften nicht ausgenommen) gesellschaftlich bedingt ist. Für die Geschichtswissenschaft gilt dies in besonderer Weise, worauf schon Franz Mehring eindringlich aufmerksam gemacht hat: Ein Engagement ist für den Historiker und besonders für denjenigen, der über die Geschichte der Arbeiterbewegung schreibt, unumgänglich; die Offenlegung dieses Engagements ist die einzige Möglichkeit, relative Objektivität zu gewinnen. Aus dieser Perspektive wäre die Feststellung, daß jemand die offizielle parteikommunistische Geschichtsauffassung vertritt, weder eine Denunziation, noch muß sie als Schande empfunden werden. Die scharfe Reaktion der Herausgeber der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ auf die herausfordernde Kritik von Manfred Scharrer wird auch erst voll verständlich, wenn man sich erinnert, daß Fülberth und Harrer einen beträchtlichen Teil der Geschichtsschreibung zur deutschen Arbeiterbewegung als „sozialdemokratische Hausgeschichtsschreibung“ etikettiert haben. Und nun sehen sie ihr Produkt - noch dazu von einem Unbeteiligten - indirekt als „parteikommunistische Hausgeschichtsschreibung“ gekennzeichnet!

Einige Wendungen der Herausgeber in ihrem Vorwort, vor allem aber in ihrer Reaktion auf die Kritik von Scharrer könnten vermuten lassen, daß sie dem problematischen Begriff einer Objektivität an sich im Zusammenhang mit ihrer Geschichtsschreibung anhängen. Während sie nämlich Scharrer unterstellen, er trage die gegenwärtigen Bedürfnisse eines Intellektuellen nach der „revolutionären Organisation“ an die Geschichte der Arbeiterbewegung heran, stellen sie für sich fest:

„Wir haben vielmehr gefragt, welche Aufgaben sich die Gewerkschaften gesetzt haben, welche unter den jeweiligen geschichtlichen Bedingungen die wesentlichen Probleme der politischen und ökonomischen Klassenauseinandersetzungen gewesen sind, welche Erfolge erlitten wurden und warum Niederlagen erlitten wurden, und vor allem: wie in der Arbeiterbewegung darüber diskutiert worden ist, welche politischen Lernprozesse stattgefunden haben . . .“¹

Ein solcher Satz soll ja wohl nicht mißverstanden werden als ein Bekenntnis zu den Verfahrensweisen der sogenannten bürgerlichen Wissenschaft. Der Standpunkt der Autoren, so undeutlich er auch direkt bezogen wird (warum eigentlich?), ist doch eindeutig erkennbar, und die Grundpositionen und die Sichtweisen sind schon klar: Die „BRD“ befinde sich in einer Krise, deren Charakter an die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 erinnert; die Polarisierung der Klasseninteressen werde deutlicher, der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit wachse; in dieser Situation komme den Gewerkschaften eine wichtige Aufgabe in der Praxis der Klassenkämpfe zu; die Zielprojektion dieser Kämpfe sei die Veränderung der politischen Machtverhältnisse und die „grundlegende Reform der gesellschaftlichen Verhältnisse“; die Leitlinie für die Strategie der Gewerkschaften sei durch die Theorie von Marx und Engels vorgegeben; die an den Zielen dieses Kampfes orientierte Deutung ihrer Geschichte sei für die Gewerkschaften ein unentbehrliches Werkzeug in diesem Kampf.

¹ Vgl. Frankfurter Rundschau Nr. 2 v. 3. 1. 1979.

Gegen diese Auffassung ist nichts einzuwenden, solange sie nicht von ihren Vertretern als die einzig mögliche, weil parteilich richtige und deshalb wahre ausgegeben und wenn sie als in ihrer Objektivität nur relativ zur Diskussion gestellt wird. Gegen eine Nutzung der historischen Erfahrungen für die Aufgaben der Gegenwart ist ebensowenig etwas einzuwenden, solange der geschichtliche Prozeß nicht von seinen noch bevorstehenden, aber angeblich gesetzmäßig eintretenden Ergebnissen her reinterpretiert wird. Gerade wer sich als Historiker der Marxschen Methode bedienen will, muß zur Kenntnis nehmen, was von marxistischen Historikern immer gewußt wurde und wie sie sich entsprechend in ihrer eigenen Arbeit verhalten haben: daß für Marx zur Beweisführung die wirkliche historische Bewegung und nicht ein theoretisches oder gar weltanschauliches Prämissensystem ausschlaggebend gewesen ist. Hieran also müssen sich die Autoren der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ messen lassen.

Dabei wird man die besondere Sachlage von Überblicksdarstellungen beachten müssen. Entweder nennt die Kritik sie wissenschaftlichen Ansprüchen nicht oder nicht voll genügend oder aber man bedauert, daß sie sich immer noch nicht lesen lassen wie früher einmal Fibeln für Erstkläßler. Die Verfasserin dieses Beitrages kann auch ein Lied davon singen und ist deshalb bereit, den besonderen Schwierigkeitsgrad einer zusammenfassenden Arbeit anzuerkennen. Nur darf das Engagement bei der Vermittlung keinesfalls auf Kosten der Zuverlässigkeit in der Unterrichtung gehen wie auch umgekehrt selbstverständlich nicht. Auch dies wird ein Kriterium für die Beurteilung der Leistung der Herausgeber und der Verfasser der einzelnen Beiträge sein.

Die Geschichte der deutschen Gewerkschaften bis 1918 aus der Sicht der Kollegen Deppe, Fülberth, Harrer und ihrer Mitautoren.

Die insgesamt vier Beiträge zu diesem Zeitraum bestehen in weiten Teilen aus einer unkritischen Kompilation bekannter Standardwerke der DDR-Historiographie²; ergänzt durch ältere und neuere Darstellungen zu bestimmten Ereignissen oder Zusammenhängen, wie sie sowohl von der DDR-Historiographie wie von der Forschung in der Bundesrepublik vorgelegt wurden.

An sich ist gegen dieses Verfahren dann nichts einzuwenden, wenn die umfassende Kritik an den Verfahren und den Ergebnissen von Kuczynski, der in jedem Beitrag der „Geschichte“ als Basisinformation benutzt wird, berücksichtigt oder widerlegt worden wäre³, wie auch die bekannte Kritik an den anderen erwähnten DDR-Publikationen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Überdies beruft man sich völlig ungewichtet auf perspektivisch entgegengesetzte Literaturpositionen aus der Bun-

2 Hans Mottek: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands (1964), Hans Mottek, Walter Becker, Alfred Schröter: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands Bd. III (1974); Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (1966); Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus (1961 ff.).

3 Vgl. Archiv für Sozialgeschichte Bd. 14, 1974.

desrepublik und aus der DDR⁴. Dadurch entsteht für den Leser eine Art Scheinobjektivität, denn überprüft man diese Berufungen auf die Forschung in der Bundesrepublik, so stellt man fest, daß sie in der Regel nur in bezug auf Fakten, nicht auf Interpretationen benutzt wird. Insbesondere der Beitrag von Georg Fülberth über die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung zeichnet sich überdies negativ durch die unzulängliche Zurkenntnisnahme des Forschungsstandes sowohl in der DDR wie in der Bundesrepublik aus⁵. Man könnte der Auffassung sein, daß hier des Guten zuviel verlangt würde; aber bei den als fehlend festgestellten Untersuchungen handelt es sich um solche, die den keineswegs gradlinig verlaufenen Prozeß der Konstituierung der abhängig Arbeitenden zur gesellschaftlichen Klasse und zur politischen Bewegung differenziert darlegen im Spektrum der Veränderungen der Produktionsformen, der Arbeitsbedingungen, der Umweltbedingungen, der soziokulturellen Verhaltensweisen und Verhaltensmuster und der politischen Aktionsbedingungen.

Bei einem solchen mangelhaften Umgang mit der vorliegenden Forschung überrascht dann auch nicht, daß der Anspruch, keine bloße Organisationsgeschichte schreiben zu wollen, nicht ausgefüllt wird, und dies gilt generell für das ganze Buch. Tatsächlich werden in einem methodisch ganz traditionalistischen Verfahren Daten der allgemeinen sozioökonomischen Entwicklung und Fakten der Organisationsgeschichte aneinandergereiht und mit bestimmten Urteilen, Bewertungen und Erwartungen verbunden. Es erfolgt keine unmittelbare Inbeziehungsetzung von allgemeinem historischen Rahmen und Gewerkschaftsgeschichte; die Vielfältigkeit und auch die Widersprüchlichkeiten des Organisationsprozesses bleiben außer acht oder werden nicht erklärt: Warum z. B. zunächst die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine dominierten, warum die Bindung von großen Teilen der Arbeiterschaft besonders im Ruhrgebiet an die Kirchen und deren soziale Institutionen Jahrzehnte währte.

Der komplizierte Prozeß der Bildung der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit der Durchsetzung der industriellen Produktionsformen wird ebensowenig beschrieben wie der regional und branchenspezifisch unterschiedlich verlaufende Wandel

4 Einerseits z. B. Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900. Berlin 1959; Hedwig Wachenheim: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844-1914. Köln, Opladen 1967; andererseits z. B. Dieter Fricke: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869-1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf. Berlin (O) 1976.

5 Es werden weder die Forschungen des DDR-Historikers Hartmut Zwahr noch die Forschungen in der Bundesrepublik zu den wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Aspekten der Frühindustrialisierung, wie sie vor allem von den Forschungsgruppen von Otto Busch und Wolfgang Köllmann geleistet worden sind, genannt noch die mit dem Namen von Shlomo Na'aman verbundenen Untersuchungen zur Frühzeit der Arbeiterbewegung; auch Klaus Tenfeldes Studien über die Bergarbeiterbewegung sind unbekannt; zwar erschien das Buch von Tenfelde erst 1977, aber durch einige Aufsätze waren Tenfeldes Arbeitsergebnisse bereits seit längerem in der wissenschaftlichen Diskussion. Hartmut Zwahr: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse, in: Horst Bartel, Ernst Engelberg (Hrsg.): Die großpreußisch, militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen Bd. 1. Berlin 1971: Zur Strukturanalyse der sich konstituierenden deutschen Arbeiterklasse, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (O), 18. Jg. 1976, H. 4. Die Verfasserin dieses Beitrages hat darauf geachtet, in ihrer gesamten Kritik den Verfassern der „Geschichte“ nicht Forschungsergebnisse vorzuhalten, die sie noch nicht zur Kenntnis nehmen konnten. - Vgl. jetzt Klaus Tenfelde: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn-Bad Godesberg 1977.

der Formen des Protestverhaltens von ziellosen Auflehnungen bis zum organisierten Massenstreik. Nun werden die Verfasser der „Geschichte“ solchen Einwänden entgegengehalten, daß sie ja schließlich über die jeweilige politische und ökonomische Entwicklung und über die Sozialstruktur der Arbeiterklasse berichten; ja, aber ein solcher Bericht sagt, wenn er von der Organisationsgeschichte separiert gegeben wird, nichts oder nur Speklatives über die Verarbeitung dieser allgemeinen Lage- und Strukturmerkmale bei den Betroffenen selbst aus, bzw. suggeriert Zusammenhänge, die längst noch nicht ausweisbar sind⁶. Doch bleibt dies marginal. Vielmehr werden „Arbeiter“, „Lohnabhängige“, „Proletariat“, „Arbeiterklasse“ als irgendwie wohl entstandene fertige Kategorie eingeführt, wie übrigens auch „die Bourgeoisie“ bzw. „die herrschende Klasse“ sowie ihre Repräsentanten in Politik und Bürokratie. Insbesondere die Bourgeoisie erscheint als tatkräftig, geschlossen, zielstrebig und listig. Im Unterschied zu ihr zeigen sich dann Arbeiterführer wie Carl Legien zögernd, verschlossen oder ablehnend gegenüber den politischen Aufgaben, die angeblich auf der Tagesordnung der Geschichte standen. Wenn man jedoch die Gründe nicht zur Kenntnis nimmt, warum die Gewerkschaftsführer in der Frage der politischen Festlegung der Gewerkschaften Zurückhaltung übten, gelangt man zu so unzureichenden personalistischen „Erklärungen“ oder zum Verdikt des bloßen „Tradeunionismus“, wie es Lenin angesprochen hat. Soweit wir sehen, hing aber diese Zurückhaltung mit der inhomogenen Bewußtseinsentwicklung in der in sich höchst differenzierten Arbeiterklasse zusammen. Wer allerdings die Arbeiterklasse bloß als fertiges Produkt, als „Ding an sich“, als Gegenstand seinen Lesern vorstellt und nicht, wie der berühmte, beileibe auch linke englische Sozialhistoriker E. P. Thompson es fordert, als einen ständigen Prozeß, ein dauerndes Ereignis, der wird wohl die historische Realität nur sehr unzulänglich rekonstruieren.

Leider ist auch festzustellen, daß die Organisationsgeschichte im engeren Sinne nicht ausreichend reproduziert wird, jedenfalls gemessen an dem neueren wissenschaftlichen Standard für diesen Bereich der Arbeiterbewegungsgeschichte: Es werden keine genauen Informationen gegeben über Mitgliederentwicklung, Branchenstrukturveränderungen, Formen und Auswirkungen technisch-organisatorischer Innovationen, Veränderungen der Gewerbe- und Berufsstruktur, Entstehung des sogenannten „Neuen Mittelstandes“ der Angestellten - alles Informationen, die man mit dem Versuch einer Klassen- und Schichtenanalyse hätte verbinden können.

⁶ Wie z. B. ein wenig widerwillig Erhard Lucas mit seiner Studie über „Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung“ (1976) verdeutlicht hat; aber auch erfindet übrigens keine Erwähnung. Daß sich die Autoren der „Geschichte“ über die Notwendigkeit, die verschiedenen Faktoren nicht getrennt voneinander, sondern aufeinander bezogen darzustellen, nicht im unklaren sind, zeigen einige Passagen in dem Abschnitt über die Gewerkschaftsgeschichte von der Mitte der 90er Jahre bis zum Ersten Weltkrieg von Jutta Schmidt/Wolfgang Seichter, in denen sie sich auf einige noch nicht gedruckt vorliegende Erwägungen von Frank Deppe beziehen (S. 69 f.). Frank Deppe: Elemente eines theoretischen Bezugsrahmens zur Analyse der Gewerkschaftsgeschichte - unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung vor 1917. Referat zur 12. Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, Linz 1976. - Deppe ist mit Abstand der ausgewiesenste Mitarbeiter der „Geschichte“; seine Veröffentlichungen ermöglichten bisher eine anregende sachlich-kritische Diskussion. Ob dies noch für seine Beiträge in der „Geschichte“ gelten kann, wird weiter unten diskutiert.

Erstaunlicherweise beschränken sich die Autoren bei der Darlegung des Streikverhaltens auf monotone Aufzählungen; die Chance, die Interpretationsansätze der modernen Streikforschung zu benutzen, wird nicht wahrgenommen⁷, obwohl mit ihrer Hilfe hätte gezeigt werden können, daß mit der Zunahme der Quantität und der Qualität der gewerkschaftlichen Organisierung der Streik als bevorzugtes Kampfmittel an Bedeutung verliert, andere Formen der Konfliktaustragung in den Vordergrund treten⁸. Damit war der Streik vom revolutionären Kampfmittel in erster Linie zu einem Mittel in letzter Linie am Ende einer Skala von Arbeitskampfformen geworden, und der Arbeitskampf trug nicht mehr in jedem Fall den Charakter eines in der Tendenz revolutionären Klassenkampfes. Man kann dies bedauern und kritisieren, nur leugnen darf man es nicht.

Die Realität war eben anders, als sie es nach den von Marx und Engels in den 50er Jahren gebildeten theoretischen Auffassungen über die Funktion der Gewerkschaften im Klassenkampf hätte sein dürfen. War deshalb die Realität etwa nicht Realität oder fehlte vielleicht nicht eher der Theorie die Realitätsdeckung, die Kraft, Realität zu erklären? Wer dennoch der Auffassung ist, daß die Theorie richtig war und ist, und deshalb von den damals Handelnden verlangt, daß sie so hätten handeln sollen, wie sie eben nicht gehandelt haben, der müßte sich als Wissenschaftler und zumal als Gewerkschafter die Frage gefallen lassen: Konnte ein verantwortlich handelnder Gewerkschaftsführer auf dem Streik in jedem Falle als der einzig legitimen, weil revolutionären Waffe im Arbeitskampf bestehen, obwohl es mit wachsender Organisationskraft andere Möglichkeiten erfolgreicher Konfliktaustragung gab, wenn z. B. ein Streik im Jahre 1904 jeden beteiligten Arbeiter trotz gewerkschaftlicher Unterstützung fast vier Wochenlöhne kostete, und dies bei einer durchschnittlichen Realloohnhöhe, die für eine proletarische Familie nicht alle Bereiche ihrer materiellen Existenz sicherstellte?!

Aber vielleicht sind solche Fragen zu konkretistisch? Doch auch die Autoren der „Geschichte“ bestätigen wieder und wieder die Diskrepanz zwischen der richtigen Theorie und der aus ihr ableitbaren richtigen Praxis und der tatsächlichen, der falschen Praxis. Da die Theorie keinen Widerspruch erfahren darf, sie ist nun einmal richtig, muß es an der Praxis gelegen haben, bzw. an denen, die diese so falsch ausübten. Auf dieser Ebene liegen in der Tat die Erklärungsmuster, die die Autoren der „Geschichte“ in Übereinstimmung mit der DDR-Forschung anbieten, die aber längst unbrauchbar geworden sind.

7 Vgl. Hartmut Kaelble, Heinrich Volkmann: Konjunktur und Streik während des Übergangs zum organisierten Kapitalismus in Deutschland, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Schmollers Jahrbuch) 92. Jg. 1972, 2. Hbd. Jetzt auch: Heinrich Volkmann: Modernisierung des Arbeitskampfes? Zum Formwandel von Streik und Aussperrung in Deutschland 1864-1975, in: Hartmut Kaelble u. a.: Probleme der Modernisierung in Deutschland. Opladen 1978.

8 Bereits 1905 wurden 64 Prozent aller Erfolge im Arbeitskampf streiklos erzielt, 1913 77 Prozent; während es um die Jahrhundertwende kaum Tarifverträge gab, bestanden Ende 1912 bereits für 15 Prozent aller industriell Beschäftigten kollektive Lohnvereinbarungen; in einzelnen Branchen mit einer starken gewerkschaftlichen Organisation war der Anteil beträchtlich höher, so im Druckgewerbe bei 39 Prozent.

Demnach gab es zuerst die revolutionäre Partei — nach der Vereinigung in Gotha 1875 revolutionär-marxistisch, wie überhaupt der Marxismus zum Allgemeingut der Arbeiterbewegung geworden war, zumindest wuchsen die marxistischen Kräfte in der Partei, die auch die Gewerkschaftsfrage im marxistischen Sinne stellten und ihre Lösung im marxistischen Sinne vorantrieben. Die marxistischen Kräfte in der Partei und in den Gewerkschaften konnten sich auf eine offen oder latent revolutionäre Massenbasis gründen. Dann kam der Revisionismus, der zuerst in die Partei eindrang und hier die revolutionär-marxistische Orientierung der Arbeiterbewegung auszuhöhlen begann. Denn Revisionismus, das war die Abkehr von der revolutionären Theorie von Marx und Engels; der Revisionismus „erblickte“ nicht mehr „in der Aufhebung des Lohnsystems, sondern in einer immanenten Reform des Kapitalismus die entscheidende Möglichkeit zur endgültigen Hebung der Lage der Arbeiterklasse“ (S. 84), eine Auffassung, die zu einer nahezu vollständigen Anpassung an die Realitäten des Imperialismus führte (vgl. S. 88). Der Revisionismus drang auch in die Gewerkschaften ein, wo er leichtes Spiel hatte, da die Gewerkschaftsführung sich von den revolutionären Forderungen der Arbeiterbewegung zurückzog. Ja, die „Neutralitätsideologie“ der Gewerkschaftsführung war der Ausdruck des Revisionismus in den Gewerkschaften. Der Revisionismus fand aber auch zunehmend eine Basis in der Arbeiterschaft selbst, denn er konnte „am Bewußtseinsstand einiger bevorzugter Kategorien der Arbeiterklasse anknüpfen, ohne daß diese in ihrer vollen Breite durch den Revisionismus und die Neutralitätsforderung vertreten worden wäre“ (S. 84 f.). Der Weltkrieg brachte dann den Triumph des Revisionismus in all seinen Spielarten: „Zum ersten Mal gelang es den Revisionisten, ihre Politik der Klassenkooperation auf allen Ebenen durchzusetzen und den organisierten Klassenkampf abzubrechen. Die Gewerkschaftsführung erfüllte hierbei eine Vorreiterfunktion.“ Und da der Revisionismus in der Arbeiterschaft (warum „-schaft“ nicht „-klasse“?) „bereits weit vorgedrungen war“, „fand sich (!) eine Mehrheit, die den Kurs der Führung duldete“ (S. 95).

Fragen wir in Abwandlung eines Sprichwortes, was diese schaurige Geschichte mit der Wahrheit zu tun hat? Gewiß war die deutsche Arbeiterbewegung vor 1914 in einem weitgespannten Rahmen und in einem weltanschaulichen, nicht jedoch strikt theoretischen Sinne „marxistisch“. Da es keinen authentischen Marxismus in der Weise, daß sich ein festgefügtes, von Marx und Engels autorisiertes Lehrgebäude vorweisen ließe, gibt, bestanden und bestehen Spielräume der Interpretation und alternative Berufungsmöglichkeiten; sie erlauben es, sogar noch vom Revisionismus als von einem legitimen Produkt des Marxismus zu sprechen. Denn es ist einfach eine Unterstellung, Bernstein, der Hauptvertreter des Revisionismus, habe die Vorstellung von der Überwindung des Kapitalismus aufgegeben und ersetzt durch die soziale Harmonisierung des Kapitalismus. Seine Überlegungen, die ohne große Resonanz in der Arbeiterbewegung blieben, waren der Versuch einer weitgehend im Horizont von Marxschen Theoremen gedachten Antwort auf die Veränderungen der strukturellen Bedingungen für die Überwindung des Kapitalismus. Diese Bedingungen hatten sich verändert in dem Maße, in dem der Kapitalismus zur Sicherung der Bedingungen seiner Existenz sich zu einem monopolistisch organisierten wandelte, wobei eine Bedingung für diesen Wandel in dem Kampf der Arbeiterbewegung gegen den Kapitalismus zu finden ist. Deshalb war der Revisionismus auch kein deutsches Produkt, sondern ein Produkt eines bestimmten Entwicklungsstadiums des internationalen Kapitalismus.

Im übrigen war nicht alles Revisionismus, was die Autoren der „Geschichte“ darunter subsumieren: Die Historiker der deutschen Arbeiterbewegung unterscheiden inzwischen eine immer größer werdende Palette von Positionen: neben den Revisionisten die Reformisten, die Praktizisten, die Pragmatiker, die Integrationisten. Doch solche Unterscheidungen sind gewiß für die Autoren der „Geschichte“ unerheblich: sie kennen nur den *einen* (auf bestimmte Texte von Marx und Engels rückbezogenen) Marxismus und deshalb auch nur einen einzigen Gegner dieses Marxismus im Spektrum der Arbeiterbewegung: eben den *einen* Revisionismus.

Sie sind auch offensichtlich nicht bereit, die Frage der „revolutionären Massenbasis“ differenzierter zu diskutieren, indem sie versuchen würden, zwischen Radikalismus und Revolutionsbereitschaft zu unterscheiden. Das eine ist eine auf den Augenblick bezogene stark emotionelle Verhaltensdisposition, das andere eine langfristige rational kalkulierte politische Überzeugung und Entscheidung. Die aufgrund ihrer Geschichte im Streik- bzw. Protestverhalten traditionell besonders radikalen Bergarbeiter waren keineswegs die „revolutionären Kader“, genausowenig wie die an- und ungelerten, aus Ostdeutschland in den Westen zugewanderten Arbeiter in den Hüttenwerken, die in den 80er Jahren auf den Ziegenweiden des Ruhrgebiets buchstäblich aus dem Boden gestampft wurden. Die „revolutionären Kader“, das waren die qualifizierten, gut bezahlten Metallarbeiter in den traditionellen industriellen Regionen (wie Berlin), die einst lange gebraucht hatten, um von den liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und der liberalen Fortschrittspartei zu den Freien (sozialistischen) Gewerkschaften und der Sozialdemokratie überzugehen. In diesem Zusammenhang kann man erfreulicherweise konstatieren, daß die Autoren der „Geschichte“ die dogmatisch-leninistische Fassung der Arbeiteraristokratie-These nicht (mehr) vertreten. Allerdings sind sie nicht bereit, die, wenn auch nicht ununterbrochene, Reallohnbewegung nach oben für die gesamte Arbeiterklasse im Kaiserreich mit der entsprechenden Gewichtung und ihren Folgen für die Vorstellungswelt und die Lebenserwartung des Arbeiters im Kaiserreich darzulegen. Dies wäre aber notwendig für die Diskussion darüber, warum der „Revisionismus“ eine Massenbasis hatte und in welchem wachsenden Maße. Doch solche Überlegungen werden für die Autoren der „Geschichte“ ohne Bedeutung sein: proletarische Massen sind nun einmal wesensmäßig latent revolutionär, und es kommt darauf an, daß die richtigen politischen Führer sie offensiv revolutionär machen.

Im Unterschied zu den Autoren der „Geschichte“ muß jedoch betont werden, daß nicht die politischen Parteien die Gewerkschaften historisch in Gang setzten, sondern daß die Resonanz des gewerkschaftlichen Organisationsprinzips in der Arbeiterschaft die Parteien Ende der 60er Jahre dazu zwang, sich zur Übernahme dieses Prinzips bereitzuhalten⁹. Die konstitutionelle Überlegenheit der Gewerkschaften im politisch-organisatorischen Bereich blieb auch in der weiteren Entwick-

⁹ Vgl. dazu u. a. Ulrich Engelhardt: „Nur vereint sind wir stark“. Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862/63 bis 1869/70. Stuttgart 1977.

lung der Arbeiterbewegung erhalten. Wenn der Anteil der Gewerkschaftsfunktionäre an der SPD-Reichstagsfraktion im Jahre 1912 ca. 22 Prozent betrug, so drückte sich darin vor allem die Schwäche der Parteiorganisation aus; denn in weiten Gebieten des Reiches waren die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre auch die Organisatoren und die Agitatoren der Partei¹⁰. In diesem Zusammenhang empfiehlt es sich auch, sehr viel vorsichtiger mit der These von der Verbürokratisierung der Spitzen der Arbeiterbewegung bzw. ihrer Entfremdung von den Massen umzugehen: Es gab zweifellos die Tendenz zur Professionalisierung der Funktionen in den Gewerkschaften, aber dies war ein Erfordernis für die Existenz und die Schlagkraft der Organisation: Angesichts erheblicher organisatorischer Schwächen der Gewerkschaften in der hochkonzentrierten Schwerindustrie und in den östlichen Regionen des Kaiserreichs und angesichts des generellen hohen Fluktuationsgrades der Gewerkschaftsmitglieder waren hauptamtliche Funktionäre das Rückgrat der Organisation; die Zunahme der Tätigkeitsfelder verlangte überdies eine kontinuierliche professionelle Wahrnehmung bestimmter Aufgaben.

Dies alles kann und soll verdeutlichen, daß der gewerkschaftliche Reformismus im Kaiserreich a) eine soziale Basis hatte und b) auf strukturelle Bedingungen traf und sie selbst beeinflusste, die zusammen es erlauben, davon zu sprechen, daß die Arbeiterklasse im Kaiserreich nicht nur negativ integriert war, sondern daß sich auch Faktoren einer positiven Integration erkennen lassen¹¹. Unter diesen Voraussetzungen ist das Verhalten der Partei- und Gewerkschaftsführer im Weltkrieg 1914/18 nicht Verrat, sondern lag in der Konsequenz einer Entwicklung, deren Möglichkeiten zu einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Macht- und politischen Herrschaftsverhältnisse jedoch weit überschätzt wurden¹², wie uns die Ergebnisse dieser Entwicklung zeigen. Doch solche Erwägungen passen nicht in das Interpretationsmuster der Autoren: Die revolutionären Massen und Potentiale sind vom Revisionismus manipulativ ideologisch korrumpiert und von den revisionistischen Arbeiterführern verraten und ihrer Wirkungsmöglichkeiten beraubt worden. Und dies ist nun wirklich der Höhepunkt einer idealistisch auf den Kopf gestellten materialistisch sein sollenden Geschichtsauffassung: Ein Überbauphänomen, der Revisionismus, als ein handelndes Subjekt und Männer in der Funktion einer Avantgarde mit umgekehrtem Vorzeichen machen Geschichte!

Die Geschichte der deutschen Gewerkschaften bis 1945 aus der Sicht. . .

Dabei bleibt es im Prinzip auch in dem nächsten großen Zeitabschnitt von 1918 bis 1945: „. . . erfolgt die Wertung der Politik der freien Gewerkschaften in der

10 Wilhelm Heinz Schröder: Die Sozialstruktur der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten 1898-1912, in: Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung. Frankfurt, Köln 1976.

11 Vgl. dazu Gerhard A. Ritter: Sozialdemokratie und Sozialgeschichte 1909-1914, in: Archiv für Sozialgeschichte Bd. 17, 1977. Ritter setzt sich hier mit der Untersuchung von Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus, Frankfurt a. M., Berlin 1973, auseinander.

12 Vgl. dazu Helga Grebing, Monika Kramme: Die Herausbildung des Revisionismus vor dem Hintergrund der Situation der deutschen Sozialdemokratie im Kaiserreich, in: Horst Heimann, Thomas Meyer (Hrsg.): Bernstein und der Demokratische Sozialismus. Berlin, Bonn 1978.

Weimarer Republik, die, wie die Autoren nachweisen, von der antisozialistischen Haltung der rechten Gewerkschaftsführer geprägt war", so urteilt der Rezensent der „Geschichte" in den in der DDR erscheinenden „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung". Da die Auswahl der Bezugsliteratur nicht begründet wird und auch keine Auseinandersetzung mit kontroversen Literaturpositionen (von einigen Ausnahmen abgesehen) erfolgt, sieht man sich gezwungen festzustellen, daß das Angebot der historischen Forschung zumindest für den Zeitraum bis 1933 weitgehend unbeachtet geblieben ist¹³.

Das Darstellungsschema bleibt auch in diesem Abschnitt das gleiche. Mittels Pauschalierungen und Globalisierungen wird durch den ganzen Text hindurch immer wieder festgestellt, daß „die (manchmal auch: revolutionäre) Arbeiterklasse" grundlegende Änderungen der Besitz- und Machtverhältnisse will; aber die Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hindern sie daran (vgl. S. 148, 149, 168). Dies wird insbesondere für die Zeit 1918/19 behauptet. So dargestellt ist jedoch das Schema zu einfach, weil die die Handlungsinitiativen einschränkenden sozialen und politischen Rahmenbedingungen (wie Demobilisierung, Versorgungsschwierigkeiten, Drohung der westlichen Kriegsalliierten mit Intervention im Falle grundlegender Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse) nicht mit in die Argumentation hineingenommen und überdies die Desorientierung der linken, der radikalen Kräfte verschwiegen wird.

Über die Räte erfolgen einige abstrakte, globale Angaben zu ihrer Bedeutung und Funktion (S. 153 stehen sie im Gegensatz zum parlamentarischen System, sind sie die Sammelpunkte des „gesamten Proletariats"): Welche Funktionen sie tatsächlich ausübten, welche regionalen Unterschiede bestanden haben, wie die soziale Zusammensetzung der Räte ausgesehen hat, wird nicht diskutiert. Die Formel für die soziale Basis der Räte: „Arbeiterklasse und übrige Werktätige" täuscht z. B. darüber hinweg, daß stellenweise auch radikales bis konterrevolutionäres Kleinbürgertum die Räte bildete; kein Wort findet sich über die Ergebnisse des Reichsrätekongresses Mitte Dezember 1918 in Berlin, auf dem u. a. den Wahlen zur Nationalver-

13 So wird für die Rätebewegung 1918/19 lediglich das edition-Suhrkamp-Bändchen von Dieter Schneider/Rudolf Kuda benutzt; aus Peter v. Oertzens bahnbrechender Arbeit über die Betriebsräte in der Novemberrevolution wird nur ein Quellenzitat entnommen; die mit den Namen von Eberhard Kolb, Reinhard Rürup, Ulrich Kluge u. a. verbundene Räteforschung findet keine Berücksichtigung. Die die Handlungsinitiative einschränkenden Rahmenbedingungen 1918/19, die Wolfram Wette aufgehoben hat in dem Band „Frieden, Gewalt, Sozialismus" (1976), werden nicht verarbeitet. Für die Darstellung des Kapp-Putsches wird (mit Ausnahme der bereits 1956 erschienenen und durch den Forschungsstand inzwischen überholten Arbeit von Hans-Josef Varain) ausschließlich DDR-Literatur benutzt. Für die Geschichte der christlichen Gewerkschaften wird nur ein kurzes maschinenschriftliches Manuskript von Hans Gottfurcht, 1944 im Exil in London verfaßt, verwendet, obwohl inzwischen eine Reihe von verwertbaren Monographien vorliegen. Der Sammelband „Industrielle Entwicklung und politisches System in der Weimarer Republik", von Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod herausgegeben (1974), der die Perspektiven und Richtungen der jüngeren Forschung präsentiert, wird nicht verarbeitet. Hagen Schurzes Dokumentation „Anpassung oder Widerstand?" (1975), die die auseinanderdriftenden Beziehungen zwischen SPD- und Gewerkschaftsführung vom November 1932 bis Januar 1933 erhellt, hätte beachtet werden müssen. Das gleiche gilt für die den Auffassungen der Autoren der „Geschichte" entgegengesetzten, an verschiedenen Orten publizierten Thesen von Henryk Skrzypczak über die Führung der Freien Gewerkschaften und das Ende der Weimarer Republik.

Sammlung zugestimmt und bis zu diesem Zeitpunkt der Rat der Volksbeauftragten als revolutionäre Gewalt legitimiert wurde.

Immer nur am Rande und nie zentral wird die Frage nach den Machtverhältnissen während und nach der Revolution gestellt und diskutiert. Die in den letzten Jahren in der Geschichtswissenschaft viel diskutierte These vom labilen Gleichgewicht der Klassenkräfte als Ergebnis der (wie wir heute sagen: steckengebliebenen) Revolution, wie sie Otto Bauer zu Beginn der 20er Jahre aufgestellt hat, wird als Erklärungsangebot nicht aufgenommen; die Frage, ob unter den negativen Bedingungen der nachrevolutionären Zeit, ja während der ganzen Zeit der Weimarer Republik seitens der Arbeiterklasse eine effiziente Gegenmachtbildung überhaupt möglich war, wird nicht gestellt. Statt dessen wird dem Leser ständig suggeriert, daß die Gewerkschaften Machtpositionen, die sie tatsächlich gar nicht hatten, aufgegeben haben¹⁴.

Ganz deutlich wird jedoch diese Suggestion bei der Interpretation der Rolle der Gewerkschaften beim Kapp-Putsch: Auch hier haben die Gewerkschaften angeblich Machtpositionen aufgegeben, die sie indessen gar nicht hatten, haben konnten, weil, was nicht gesagt wird, die USPD und Teile der KPD zur Unterstützung einer geplanten Arbeiterregierung unter gewerkschaftlicher Führung nicht bereit waren; überhaupt nicht erwähnt wird das Verhalten der KPD bei Beginn des Kapp-Putsches: Da war die Zentrale überzeugt, „daß die Arbeiterschaft keinen Finger für die demokratische Republik rühren werde“, man freute sich über den Sturz von Ebert und Noske¹⁵.

Wenn immer wieder der Eindruck vermittelt wird, daß - alternativ zu dem, was SPD und Gewerkschaften tatsächlich machten - nur der außerparlamentarische Kampf der Arbeiterklasse die politischen Entscheidungen hätte beeinflussen können (vgl. z. B. S. 169), so bleibt dies reines Postulat, weil nicht erklärt wird, warum die radikalen linken Positionen sich in der Arbeiterbewegung mehrheitlich nicht durchsetzten, warum „klassenbewußte Arbeiter“ in der SPD blieben (S. 175)¹⁶. Solche Differenzierungen sind auch gar nicht das Anliegen der Autoren der „Geschichte“. Ihnen geht es, um es zu wiederholen, um die Gegenüberstellung von revolutionärem und reformistischem Teil der Arbeiterbewegung (vgl. S. 157), von revolutionären Massen und reformistischen Führern, wobei „reformistisch“ nunmehr schon gleich mit „wirtschaftsfriedlicher Einstellung“ „gepaart“ erscheint¹⁷. Bei ei-

14 Vgl. z. B. S. 168, wo die Wahlergebnisse zur Nationalversammlung 1919 nicht einmal erwähnt werden.

15 Vgl. Freya Eisner: Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik. Köln, Frankfurt a. M. 1977.

16 Statt dessen findet man Spekulationen über den Massenzulauf zu den Gewerkschaften 1918/19 (S. 156) und über den Bewußtseinswandel der revolutionären Arbeiterklasse in der Periode der Stabilität (S. 182). Spekulationen sind dies alles deshalb, weil wir kaum gesicherte und vor allem keine Untersuchungen, die man verallgemeinern könnte, über Bewußtseinsinhalte und soziale Verhaltensweisen der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik besitzen.

17 Das wird mit Ludwig Preller (Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949) belegt. Bei Preller findet sich indessen nichts, was diesen Schluß zulassen würde, so daß sich hier wie an vielen anderen Stellen die Frage ergibt, wie solide das Belegverfahren eigentlich ist und ob nicht der wahre „Belegfimmel“ in einigen Beiträgen als nur scheinlegitimiert kritisiert werden muß.

nem solchen Interpretationsmuster kann dann gar nicht in den Blick kommen, daß bis zu einem gewissen Grade der faktische Ausbau des liberalen Rechtsstaates in die Richtung des Sozialstaates eine qualitativ verändernde Bedeutung hatte, der primär durch die Initiativen und den Druck der Gewerkschaften erreicht worden ist. Und natürlich muß die Wirtschaftsdemokratie-Konzeption eine den Verhältnissen angepaßte revisionistische Ideologie sein. Unterlassen wird der Hinweis darauf, daß Wirtschaftsdemokratie nicht als Ziel, sondern als Weg zum Ziel des Sozialismus verstanden wurde und daß, wie eine genaue Lektüre des von Fritz Naphtali herausgegebenen Textes ergibt, den Verfassern klar war, daß die Übertragung der Prinzipien der politischen Demokratie auf die Wirtschaft noch nicht Sozialismus war, denn an den gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnissen wäre noch nichts geändert gewesen.

Für das Ende der Weimarer Republik wird die Alternative des revolutionären Weges, wie ihn zeitgleich die KPD propagierte, zwar als gegeben angenommen, jedoch nicht wirklich in einer Analyse der historisch gegebenen Realität ausgewiesen. Es bleibt deshalb bei dem auch in der DDR-Historiographie bei allen Differenzierungsversuchen unvermeidlichen Schluß: Diesen revolutionären Weg zu gehen, haben die reformistischen Führer, insbesondere der Gewerkschaften, verhindert. Von der führenden Rolle der Gewerkschaftsführer beim Bruch der Großen Koalition (gewiß nicht ohne Druck der Mitglieder) ist daher nicht die Rede; linke sozialdemokratische Positionen in den Gewerkschaften, wie sie Siegfried Aufhäuser vertrat, fallen unter den Tisch; angesichts der Hilflosigkeit der Gewerkschaften gegenüber der Krise wird vermieden, darauf hinzuweisen, daß niemand damals ein Krisenbewältigungskonzept von transformatorischer Qualität besaß bzw. daß denen, die vielleicht eines hatten, wie die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), die Massen fehlten.

Wieder und wieder wird der Antikommunismus der Gewerkschaftsführer als eine der Ursachen für das NichtZustandekommen einer antifaschistischen Offensive der Arbeiterbewegung angeprangert; vergeblich sucht man nach einer fundamentalen Auseinandersetzung mit der Politik der KPD im Zusammenhang mit der Sozialfaschismus-„Theorie“, nach der der Hauptfeind nicht die NSDAP war, sondern die sozialdemokratischen Sozialfaschisten und ihre linken Filialen. Nichts erfährt der Leser z. B. von der Haltung der KPD gegenüber der SPD-geführten Regierung in Preußen, die vorübergehend zu einer Zusammenarbeit der KPD mit bürgerlichen Nationalisten führte. Die Zusammenarbeit zwischen der kommunistischen „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) und der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ (NSBO) beim Streik der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) im November 1932 wird zwar erwähnt, aber in ihrer Bedeutung entschärft (Sozialdemokraten waren auch dabei) und heruntergespielt (vgl. S. 207). Zeitgleich ist der Streik jedoch in der KPD-Presse und insbesondere von Ernst Thälmann selbst als Sieg in einer großen Schlacht gefeiert worden.

Während es im großen und ganzen wohl stimmen mag, was der Rezensent der „Geschichte“ in den „Beiträgen“ feststellt: „Intensiv ausgewertet und verarbeitet wurden die Ergebnisse der DDR-Forschung“, gilt dies für den Punkt der Politik der KPD unter der Herrschaft der Sozialfaschismus-„Theorie“ nicht: Die DDR-Forschung hat sie inzwischen umfassend als theoretisch falsch und politisch schädlich kritisiert, ihr habe eine sektiererische Auffassung zugrunde gelegen. „Schuld“ indes bleiben auch bei dieser Position die rechten sozialdemokratischen Führer und ihre antikommunistische Politik.

Da der Leser der „Geschichte“ nichts von der „fehlerhaften“ und „schädlichen“ Politik der KPD erfährt, hat er dann auch keine andere Wahl, als sich angesichts der Bedrohung durch den Nationalsozialismus zu empören über die mehrfache Ablehnung der Einheitsfront-Angebote der KPD-Führung durch die Führung der SPD und der Gewerkschaften. Gewiß läßt sich die in vieler Hinsicht problematische Haltung insbesondere der Gewerkschaftsführung am Ende der Weimarer Republik weder verharmlosen noch erst recht nicht rechtfertigen; aber dem Leser hätte zur Kenntnis gebracht werden müssen, daß es nicht sozialdemokratische Intransigenz und auch nicht Kommunistenhaß waren, sondern auf handfeste Erfahrungen gegründetes praktisches Mißtrauen und die grundsätzliche Erkenntnis, daß die Weg- und Zielvorstellungen des Kommunismus und des demokratischen Sozialismus nicht mehr identisch waren und einer Zusammenarbeit entgegenstanden.

Aber auf solche Einzelheiten soll es ja nicht ankommen: Einheitsfront, Generalstreik — alles wird als machbar, als faktisch gegebene Möglichkeit vorausgesetzt, es erfolgt keine Analyse der äußeren und der inneren Bedingungen des Generalstreiks. Der alleingelassene, nur vordergründig informierte Leser wird auf diese Weise dazu gedrängt, einzusehen, daß die teils schwachen, teils illusionären, teils korrupten und verräterischen Gewerkschafts- und SPD-Führer 1932/33 wieder einmal und mit welchen weltgeschichtlichen Folgen die revolutionsbereiten Massen im Stich gelassen haben. Was der Leser nicht weiß, weil er nicht darüber informiert wird, ist, daß die Frage gestellt werden muß, ob die KPD-Führung sich nur in Wortradikalismus übte, oder ob sie tatsächlich an einen Arbeiteraufstand dachte, überhaupt denken konnte angesichts ihrer organisatorischen Schwäche: Der Demonstration der SA vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin am 21. Januar 1933 folgte nur eine kleine Gegendemonstration.

In dem Abschnitt über „Gewerkschaftlicher Widerstand gegen das Dritte Reich“, für den Jürgen Harrer verantwortlich zeichnet, wird dann die Linie fortgesetzt: Mit Samthandschuhen wird die Tatsache behandelt, daß die Kommunisten ihre (um ihren eigenen Jargon zu benutzen) spalterische RGO-Politik zunächst fortführten. Erstauf dem VII. Weltkongreß im Oktober 1935-fast drei Jahre nach Hitlers Machtergreifung, nach der weitgehenden Zerschlagung des Arbeiterwiderstandes und der Befestigung des Nazi-Regimes - liquidierte die Kommunistische Inter-

nationale die Sozialfaschismus-These, die Parole der Einheitsfront nur von unten und die RGO-Politik.

Die kommunistische Widerstandskonzeption und die Realität des zweifelsfrei über alle Maßen tapferen und opferreichen Widerstandes der Kommunisten im „Dritten Reich“ erscheint als einzig mögliche Form des Widerstandes; demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß man die Tätigkeit Wilhelm Leuschners „nur schwerlich“ als gewerkschaftlichen Widerstand bezeichnen könne. Aber was heißt „Widerstand“? Aufstand, Aktionen, Sabotage, Anti-Propaganda, bezahlt mit hohem Blutzoll, unter Vernichtung der noch bestehenden Kader der Arbeiterbewegung? Nicht nur die SPD und die Gewerkschaften sahen unter den Bedingungen der wachsenden Konsolidierung des Nazi-Regimes und des Zuwachses an Legitimation durch die Bevölkerung, schließlich auch aufgrund der internationalen Lage in der informellen bis illegalen Erhaltung des politischen Milieus und der persönlichen Kontakte, in der Wahrnehmung der Möglichkeiten der Aufklärung der Arbeiter und der Vorbereitung auf eine günstigere Situation zur Überwindung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft die einzig realistische Alternative (eine Argumentation, in der natürlich verdeckt auch eine Rolle spielte, daß Vorbereitungen für einen offensiven Widerstand nicht getroffen worden waren)¹⁸.

Dennoch muß darüber hinaus die Frage gestellt werden, ob es über die illegale Tätigkeit des Leuschner-Kreises hinaus realistische Widerstandsmöglichkeiten gegeben hat. Hans Mommsen hat dies verneint¹⁹; Harrer widerspricht dem insofern, als er zwar der Auffassung ist, daß Hitler nicht - schon gar nicht im Sommer 1944 - durch eine Massenerhebung zu stürzen war, aber dennoch eine „demokratische Perspektive“ für den geplanten Staatsstreich im Auge hat; sie hing nach Harrer davon ab, „inwieweit die aktiven Kräfte des Arbeiterwiderstandes in der Lage waren, ein Volksfrontbündnis zu schaffen und mit diesem in die Entwicklung einzugreifen und sie voranzutreiben“ (S.265). Das ist eine ernst zu nehmende Problemstellung, die einer differenzierten Antwort bedarf. Für Harrer ist die Sache indessen klar: Es liegt an den reformistischen Führern, genauer an Leuschner, der die Anpassungsversuche des ADGB im Frühjahr 1933 „durchaus mitgetragen“ habe²⁰, an dem Kreis um Leuschner und seine Verflechtung in den Widerstand um den 20. Juli, wobei von Harrer fast so getan wird, als ob die Vorstellungen der Mehrheit des 20.-Juli-Widerstandes auch die der Gewerkschafter gewesen seien; die notwendigen Einschränkungen fallen jedenfalls recht mäßig aus.

18 Auch innerhalb der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) hielt man nach der Machtergreifung Hitlers eine proletarische Gegenoffensive für hellen Wahnsinn und für undenkbar, den Sturz Hitlers in absehbarer Zeit herbeizuführen. Es wird dann auch von Harrer selbst ausführlich auf die unvorstellbar erschwerten Bedingungen des Arbeiterwiderstandes hingewiesen und damit von ihm selbst der Realitätsbezug der kommunistischen Widerstandskonzeption indirekt in Frage gestellt (vgl. S. 257 f.).

19 Vgl. Hans Mommsen: Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand 1930-1944, in: Heinz Oskar Vetter (Hrsg.): Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Köln 1975, insbes. S. 297 f.

20 Harrer beruft sich hier S. 246 auf Mommsen (s. Anm. 19) S. 278. Mommsen schreibt aber, Leuschner habe sie „nicht nach außen hin bekämpft“, und setzt hinzu, „wenn die Überlieferung stimmt“.

Der tiefste Grund jedoch dafür, daß das Volksfrontbündnis nicht zustande kam, ist nach Harrer der nach wie vor heftige Antikommunismus gewesen, sowohl der illegal arbeitenden wie der im Exil tätigen sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer. Dieser Antikommunismus muß dem Leser grundlos erscheinen, da die Moskauer Prozesse zwar erwähnt, aber inhaltlich in ihrer Bedeutung nicht dargestellt werden, vom Spanischen Bürgerkrieg und der Rolle der Kommunistischen Internationale in ihm ist überhaupt nicht die Rede, wohl aber vom Hitler-Stalin-Pakt und der Zwangslage der Sowjetunion, die ihn veranlaßt habe, wie Harrer meint. Es wird dann einfach behauptet, daß die antikommunistische Position, obwohl mit den Schauprozessen und den Säuberungen sowie dem Hitler-Stalin-Pakt begründet, darin nicht „ihre reale Ursache gehabt“ habe (S. 250). Zu dieser Argumentationsweise gehört dann auch die Unterstellung, die Gewerkschafter und die Sozialdemokraten im Exil hätten „die Rückkehr zu einem bürgerlich-parlamentarischem System“ angestrebt, „das, wie schon in der Weimarer Republik, die Macht des Großkapitals nicht entscheidend antasten und somit diejenigen gesellschaftlichen Kräfte schonen würde, welche die faschistische Diktatur getragen haben“ (S. 251).

Neben vielen anderen Dokumenten hätte es genügt, in der „Chronik der deutschen Sozialdemokratie“ Band II nachzuschlagen und dann die auf Seite 397 abgedruckte Entschliebung vom Ende Dezember 1941 „Die deutschen Sozialisten und Gewerkschafter zur Überwindung der Nazidiktatur“ zur Kenntnis zu nehmen, in der es u. a. heißt: „Das Bündnis von Schwerindustrie, Großgrundbesitz und Armeeführung, das in der Geschichte des Deutschen Reiches immer wieder eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat, brachte auch Hitler zur Macht. Die Vormachtstellung dieser gesellschaftlichen Stützen des deutschen Militarismus muß beseitigt werden, wenn der Kampf gegen den deutschen Nationalsozialismus zu einem wirklich gesicherten Frieden führen soll.“

Die Geschichte der deutschen Gewerkschaften bis 1965 aus der Sicht. . .

Der Begriff über diesen Teil der „Geschichte“, den Anne Weiß-Hartmann und Wolfgang Hecker für die Zeit bis 1949 geschrieben haben, beginnt mit dem Hinweis auf die gut gelungene Darstellung des Wiederaufbaues der Gewerkschaften in Westdeutschland (S. 272-301). Offensichtlich liegen hier die schon von Gerhard Beier als eine überzeugende Leistung herausgestellten Untersuchungen von Weiß-Hartmann zugrunde²¹. Hier kann sich der Leser darüber orientieren, wie das ganze Buch hätte geschrieben werden sollen: Erklärungen werden geleistet, abgewogen differenziert und „Fehler“ nicht einfach normativ konstatiert.

Demgegenüber sind die Bemerkungen über den FDGB von Gerhard Weiß (S. 301—306, vgl. auch S. 320) eine propagandistische Zumutung: Der FDGB erscheint als eine unabhängige, auf demokratisch-sozialistischer, pluralistischer Willensbildung beruhende Organisation. Die sowjetische Besatzungsmacht betreibt

21 Vgl. Anne Weiß-Hartmann: Der Freie Gewerkschaftsbund Hessen 1945-1949. Marburg 1977; die Rezension von Gerhard Beier s. Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK) 14. Jg. 1978, H. 1.

eine „die Arbeiterbewegung“ (so heißt es tatsächlich) begünstigende Politik²². Die Bevölkerung wird in der ersten Nachkriegszeit in der sowjetischen Besatzungszone besser versorgt als im Westen²³. Mit Schweigen wird übergangen, daß sich die Sowjetische Militäradministration (SMAD) gegenüber dem FDGB, dessen Gründung auf den Befehl Nummer zwei der SMAD vom 10. Juni 1945 zurückgeht, ein Kontroll- und Einspruchsrecht vorbehielt (wie die übrigen Besatzungsmächte entsprechend später auch). Von Anfang an sorgte die KPD, die sich nach außen für eine Einheitsgewerkschaft aussprach, mit Hilfe der Besatzungsmacht für ein kommunistisches Übergewicht; Ulbricht eröffnete schon im August 1945 auf dem ersten Gewerkschaftstag in Halle den Kampf gegen den Einfluß der christlichen Gewerkschafter und auch gegen den sozialdemokratischen Einfluß, indem er „Schutzmaßnahmen gegenüber solchen Führern, die in entscheidenden Situationen Verrat begangen oder versagt haben“, forderte. Wenn man bis Ende 1947 noch davon sprechen kann, daß der FDGB die Möglichkeit der unmittelbaren Interessenvertretung seiner Mitglieder hatte, so wurde er mit der Einführung der Zentralen Planwirtschaft zum Transmissionsriemen der SED: statt der Interessenvertretung der Arbeiter wurde der FDGB zu einem Instrument der Sicherung der Planerfüllung, wie sie das Politbüro der SED vorgab; damit verloren auch die Betriebsräte ihre Funktion und wurden zur Selbstaflösung veranlaßt.

Der Grundtenor der Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte bis 1949 ist die Auffassung, daß die Gewerkschaften die „Restauration der privatkapitalistischen Produktionsverhältnisse“ (vgl. S. 306, 309, 325, 327) nicht verhindert hätten, gegenüber dieser Aufgabe versagt hätten, sogar „freiwillig“ darauf verzichtet hätten, ihre Macht einzusetzen (S. 313, 314, 315). Der Begriff „Restauration“, nimmt man ihn ernst, sagt aus, daß zwischen dem alten Zustand - „privatkapitalistische Produktionsverhältnisse“ - und seiner Wiederherstellung ein Zwischenstadium gelegen hat: im gegebenen Fall die Aufhebung der privatkapitalistischen Produktionsverhältnisse oder auch ihre Zerstörung. Davon kann jedoch nach aller bisher vorliegenden Forschung überhaupt nicht die Rede sein²⁴. Wenn man, was wohl gemeint ist, von den Gewerkschaften fordert, sie hätten ihre Handlungsspielräume zur Veränderung der bestehenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse benutzen sollen, dann muß man erst einmal ausweisen, daß diese Spielräume tatsächlich bestanden haben, dann muß man den Bedingungsrahmen für entsprechendes Handeln oder seine negativen Beschränkungen angeben, dann muß man auch untersuchen, ob es

22 Völlig unverständlich bleibt unter diesen Umständen, warum eigentlich überzeugte Sozialisten wie Wolfgang Abendroth damals dieses traute sozialistische Heim teils verließen, teils verlassen mußten.

23 Aus den „Wirtschaftsproblemen der Besatzungszonen“ (1948) S. 33 dies herauszulesen, grenzt an interpretatorische Akrobatik: Es ist nämlich nur von den Rationen die Rede, die nicht „im Westen“, sondern in der amerikanischen Besatzungszone „teilweise geringer“ gewesen sind als in der sowjetischen Besatzungszone, nicht aber von dem Kalorienwert der Rationen. Dies ist nun kein sachlicher Springpunkt; es sollte nur darauf hingewiesen werden, wie argumentiert wird.

24 Vgl. z. B. Werner Abelshauser: *Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone.* Stuttgart 1975. Dieses Buch wird in der „Geschichte“ nicht genannt und nicht benutzt.

überhaupt gerechtfertigt ist, unaufhörlich von „den Gewerkschaften“ zu sprechen, so als seien sie eine monolithische Handlungseinheit gewesen. Dies alles wird nicht geleistet.

Peter Brandt, dessen 1976 erschienenes Buch „Antifaschismus und Arbeiterbewegung“ die Autoren offensichtlich auch nicht kennen, hat klar herausgestellt, daß ein revolutionärer Kampf gegen die Besatzungsmächte nicht nur machtpolitisch aussichtslos war, sondern auch völlig außerhalb der Vorstellungswelt der deutschen Antifaschisten gelegen hat. Eine realistische Beurteilung der Ziele und der weltpolitischen Interessen der Besatzungsmächte hätte die Antifaschisten „vor die Alternative von radikaler Opposition mit der Konsequenz erneuter Illegalität oder bewußter Hilfsdienstleistung für die Okkupationsmächte bei Aufgabe der eigenen Ziele gestellt“ (S. 239)²⁵. Tatsächlich haben sich jedoch die Antifaschisten nicht in diese Alternative drängen lassen, sondern sind den „dritten Weg“ der bewußten Einflußnahme auf die Entwicklung im Sinne ihrer Ziele in einem äußerst engen Rahmen gegangen.

Die Autoren der „Geschichte“ bestreiten nicht nur die Realistik dieses Weges, sondern werfen „den Gewerkschaften“ überdies vor, daß sie sich sogar offensiv für den kalten Krieg hätten instrumentalisieren lassen (S. 305 und öfter). Übersehen wird dabei und überhaupt nicht erwähnt, daß der gewerkschaftliche Antikommunismus doch wohl keineswegs grundlos gewesen ist: Die Diskreditierung des Sozialismus durch den Stalinismus, die Enttäuschung über die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD, die unter Druck und mit Zwang durchgeführte Vereinigung von SPD und KPD zur SED, die Prozedur der Entstehung der Volksdemokratien in Osteuropa, die Auseinandersetzung zwischen Stalin und Tito, die Verfolgung der „Titoisten“ in der KPD - dies alles war nicht dazu angetan, das Vertrauen in die Sowjetunion und ihr Modell des „realen Sozialismus“ zu stärken. Solche Hinweise sollen nichts entschuldigen, wie die Verfasser der „Geschichte“ sie vielleicht charakterisieren werden: Weder zu entschuldigen noch zu verurteilen, ist die Aufgabe des Historikers; er soll erklären, unter welchen Bedingungen und mit welchen Konsequenzen Handeln oder Nichthandeln erfolgten.

Doch solche Faktoren der Erklärung, die zugleich Aufklärung bedeutet, besitzen auch für Frank Deppe, der den Abschnitt der Gewerkschaftsgeschichte von 1949 bis 1965 behandelt, keine Bedeutung. Für ihn gibt es nur zwei Welten: die schöne, heile des östlichen realen Sozialismus und die schäbige, kaputte des westlichen Kapitalismus. Da geht es auf der einen Seite in den Jahren 1949-1955/56 um den Aufbau sozialistischer Gesellschaftsordnungen außerhalb der Sowjetunion (S. 326): in der DDR stellt sich die Gewerkschaftsbewegung „voll und ganz . . . in den Dienst des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung“ (S. 320). Sozialismus - das ist also nach Frank Deppe der real existierende sowjetische und der ihm nachgebildete in der DDR. In der DDR gab es zwar, was Deppe nicht verschweigt, aber sehr heruntergespielt ausdrückt, „Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus“

²⁵ Vgl. Peter Brandt: Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau — Ausprägung — Politik in Bremen 1945/46. Hamburg 1976. Vgl. dazu übergreifend: Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf, Peter Brandt (Hg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Wuppertal 1976.

(S. 350)²⁶, aber „nach der Bewältigung innerer Widersprüche“, vor allem nach dem 20. Parteitag der KPdSU, setzte „eine Konsolidierung der sozialistischen Staaten“ ein (S. 370). „Bewältigung innerer Widersprüche“ - so nennt Deppe den Widerstand der Arbeiter in Polen und Ungarn gegen den Stalinismus und die Liquidierung dieses Widerstandes in Ungarn durch die Rote Armee! Da geht es auf der anderen Seite um den Versuch, „den Einfluß des Sozialismus und Kommunismus zurückzudrängen“ und den „sozialistischen Aufbau“ in Europa zu verhindern: Die Westalliierten verbinden ihre antikommunistische Blockpolitik mit ihrer Hilfe beim wirtschaftlichen Aufbau. Denn wenn einerseits ideologisch der Antikommunismus nach Deppe auf der permanenten Unterstellung einer „Bedrohung aus dem Osten“ basierte, so war andererseits seine materielle Bedingung das „Wirtschaftswunder“ (S. 327, 328, 350 f.). Das klingt bei Deppe wie Verschwörung, Manipulation, Bestechung und war doch - auf seinen realen Kern gebracht - nichts anderes als eine konsequente, in sich logische Politik des Weltkapitalismus (was anderes hätten damals Sozialisten und heute historische Materialisten eigentlich erwarten können); diese Politik hatte ihre Entsprechung in der des sogenannten „sozialistischen Lagers“.

Als einen Höhepunkt der Politik des Antikommunismus in der Bundesrepublik faßt Deppe das Verbot der KPD im Jahre 1956 auf: „die führende Kraft des antifaschistischen Widerstandes“ wurde „in die Illegalität getrieben“ (S. 368 f.). Hier wie in einem anderen Zusammenhang (S. 397) überschätzt Deppe die Bedeutung der KPD in ihrem Einfluß auf die Bewußtseinsbildung der Arbeiter; er unterschätzt bzw. erwähnt überhaupt nicht den Prozeß der inneren Auflösung und Zerstörung²⁷, dem die KPD seit 1950 ausgesetzt war. So stellt auch Deppe fest, daß der Protest gegen das KPD-Verbot schwach blieb (S. 369); nur sagt er nicht warum. Der Antikommunismus bleibt bei ihm ein irrationales Phänomen, während er doch genug reale Anhaltspunkt hatte. So verwunderlich sollte es für einen Historiker nicht sein, daß die nur bedingt analytisch brauchbare Totalitarismus-These (Rot = Braun) damals eine gewisse Erklärungskraft hatte. Die Beobachtung von Deppe ist gewiß zutreffend, daß darüber die Einsicht verlorenging, daß es einen notwendigen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus gab, es j edenf alls historisch gegeben hat. Nur stellt sich die Frage, wodurch dieser Verlust an Einsicht hervorgerufen wurde. Für den DGB stellt Deppe für die Zeit nach 1949 fest, daß er die gewerkschaftlichen Traditionen der Weimarer Republik fortsetzte: die Gewerkschaften verstehen sich als Vertreter der „Dritten Kraft“ der sozialen Demokratie und als Speerspitze in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus (S. 321, 328 f., 333).

26 Um das „Wirtschaftswunder“ in der Bundesrepublik auf sein realistisches Maß als „Ausbeutungswunder“ zu reduzieren, ist Deppe bereit, daraufhinzuweisen, daß die Arbeitslosenreserve, die die Ausbeutung ermöglichte, „mit den Flüchtlingsströmen aus der DDR aufgefüllt“ wurden (S. 349). Warum es diese geben konnte, verrät er allerdings nicht.

27 In diesem Zusammenhang sei an das Schicksal Kurt Müllers, des 2. Vorsitzenden der KPD, erinnert, der 1950, nachdem er 11 Jahre in einem Nazi-KZ gewesen war, nochmals heimtückisch für 6 Jahre, diesmal von seinen Genossen, seiner Freiheit beraubt wurde. Übrigens verließ auch Willi Bleicher, auf den Deppe sich häufig beruft, 1953 die KPD.

Er gibt dafür einige Beispiele von angeblich „führenden Funktionären“ wie Helmut Wickel²⁸, die z. T. gar nicht so führend gewesen sind, die aber alle einem bestimmten Spektrum, dem des „sozialpartnerschaftlichen Integrationismus“ zuzuordnen sind. War es Absicht, war es Nachlässigkeit - Deppe ist beim Studium der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ zwischen 1951 und 1955 ein Beitrag, geschrieben nach der von der SPD erneut verlorenen Wahl von 1953, entgangen; aus ihm ist das folgende Zitat entnommen: „Der Fehler der SPD war nicht zuviel ‚Marxismus‘, sondern der Umstand, daß sie nicht verstand, die wertvollen Marxschen Erkenntnisse und Forschungsmethoden weiterzuentwickeln und zur klaren Erkenntnis der heutigen Verhältnisse anzuwenden. Ferner, daß die SPD die ganzen Jahre versäumte, der Diskreditierung des Marxismus durch den Bolschewismus entgegenzutreten und in Schulungs- und Aufklärungsschriften anschaulich darzustellen, was sie grundsätzlich von dem fälschlicherweise unter marxistischer Flagge segelnden Bolschewismus trennt, der außer dem Namensmißbrauch nichts mehr mit den Lehren von K. Marx zu tun hat.“ Dies schrieb August Enderle, der marxistische Lehrer in Theorie und Praxis vieler linker Gewerkschafter vor 1933, nach 1945, der gewiß wußte, was und worüber er schrieb, und sicher kein irrationaler Antikommunist war²⁹.

Deppes Unterscheidung zwischen den Positionen des „sozialpartnerschaftlichen Integrationismus“ und dem radikalen Reformismus innerhalb der Gewerkschaften ist im Prinzip analytisch tragfähig, die von ihm erbrachte Analyse im einzelnen absolut unzulänglich. Die Herleitung des Integrationismus aus der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Tradition der Weimarer Republik beruht auf derselben eingegengten Deutung der Wirtschaftsdemokratie, wie sie bereits im Abschnitt IV kritisiert wurde. Die Feststellung, daß wesentliche Teile der katholischen Soziallehre die integrationistische Position mitbegründen, ist zwar zutreffend (der nicht-antagonistische Charakter der Gesellschaft, das Naturrecht auf individuelles Eigentum, der Ausgleich der sozialen Unterschiede durch mehr Gerechtigkeit in der Verteilung der Güter, die korporative Ordnung der Gesellschaft), übersieht aber, daß die katholische Soziallehre, wie sie in den 50er und 60er Jahren vertreten wurde, durchaus gemeinwirtschaftliche Ordnungsprinzipien zuließ. Ferner ist m. E. problematisch, die pragmatische Position Ludwig Rosenbergs umstandslos in die integrationistische Position einzuordnen.

Vor allem aber wird von Deppe der Eindruck erweckt, bzw. seine Darstellung erweckt den Eindruck, daß die integrationistische Position in den 50er und 60er Jahren die herrschende in den Gewerkschaften gewesen ist (vgl. S. 361, 364, 373, 398 f.). Er weist überhaupt nicht den repräsentativen Wert seiner Bezugsautoren aus: So rückt wieder Helmut Wickel in den Vordergrund; verschiedene Wissenschaftler, die lediglich Diskussionsbeiträge in den „Gewerkschaftlichen Monatshef-

28 Leider gibt Deppe nie an, welche Funktionen seine positiven wie negativen Bezugspersonen in den Gewerkschaften hatten (von den großen Namen abgesehen); dabei hätte er sich nur die Autorenhinweise der GMH ansehen müssen: Wickel war Leiter der Literarisch-Statistischen Abteilung beim Hauptvorstand der IG Chemie.

29 Zitat aus: Ist der Marxismus schuld?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH) 4. Jg. 1953, H. 11, S. 681 f. Enderle kritisiert hier auch die Außenpolitik der SPD, insbesondere ihre Europa-Politik, und warnt sie davor, sich in die Abhängigkeit von der Sowjetunion zu begeben. - Aufschlußreich ist auch Enderles Artikel in den GMH 5. Jg. 1954, H. 12 „Marxistische Theorie und bolschewistische Praxis“.

ten" veröffentlicht haben, erscheinen als Ideologen des Integrationismus (vgl. S. 398).

Überhaupt wird die Bedeutung der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ als das theoretische Organ der Gewerkschaften wohl überbewertet, während von den Veröffentlichungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes kaum Gebrauch gemacht wird, die häufig theoretische Leitlinien anstrebenden Beiträge im „Metaller“ überhaupt nicht benutzt werden. Hier zeigt sich, daß Deppe, nicht anders als seine Mitautoren, eigentlich keine Geschichte der Gewerkschaften schreibt, sondern eine - und auch das noch eingeschränkt - der jeweiligen Gewerkschaftsvorstände. Die Position des radikalen Reformismus (Wolfgang Abendroth, Victor Agartz, Theo Pirker) und die Versuche, sie in die Praxis zu vermitteln bzw. sie in die Praxis umzusetzen (August und Irmgard Enderle, Otto Brenner, Fritz Rück), werden völlig unzureichend dokumentiert (vgl. S. 364, 400). Die Offenheit der Diskussion und der Orientierung, wie sie sich allein in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ niederschlug (Abendroth schrieb dort z. B. zwischen 1951 und 1955 fast genauso viele und inhaltlich wirkungsvollere Beiträge als Deppes „Lieblingsautor“ Wickel), wird dem Leser nicht mitgeteilt, alles wird stromlinienförmig zurechtgestutzt auf den endlichen Sieg des „sozialpartnerschaftlichen Integrationismus“.

Dies kommt auch zum Ausdruck in der Bewertung der Programme: Dem Münchner Programm von 1949 wird abgesprochen, „Basis einer sozialistischen Ordnung“ zu sein. Begründet wird dies mit einer reduzierten Interpretation der Wirtschaftsdemokratie als integrationistisch und damit, daß das Bekenntnis zum neuen Staat der Bundesrepublik implizit ein Bekenntnis zur „Spaltung“ und zur Konfrontation gegenüber der DDR gewesen sei. Die Interpretation stimmt nur, wenn man - wie Deppe es ja prinzipiell tut - die DDR für eine sozialistische Ordnung hält und im übrigen der nationalen Einheit einen höheren Stellenwert einräumt als gesellschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen (S. 324, 320). Das Düsseldorfer Grundsatzprogramm von 1963 wird von Deppe merkwürdigerweise als widersprüchlich (unverbunden nebeneinander stehen nach ihm grundsätzliche Kapitalismus-Kritik und die Anerkennung des gesellschaftlichen Pluralismus sowie der bestehenden Wirtschaftsordnung) gekennzeichnet (S. 402). Dies will nicht einleuchten: Das Programm war vielmehr ganz eindeutig das Programm eines gewerkschaftlichen Pragmatismus, der auf der Prämisse beruhte, daß die bestehende Wirtschaftsordnung so stabil war, daß sie zwar in sich im Interesse der Arbeiterklasse verändert werden konnte, aber nicht als prinzipiell transformierbar zur Diskussion stand. Diese Auffassung kann man zwar interpretieren als eine Anpassung an den Weg der SPD nach Godesberg, man muß dann aber ebenso klar sagen, was Deppe jedoch nicht tut, daß es nämlich von Seiten der Vertreter des Marxismus in den 60er nicht anders als in den 50er Jahren kein geschlossenes und ausreichendes alternatives Angebot einer realitätsdeckenden gewerkschaftlichen Strategie gegeben hat.

Da Deppe diese Alternative nicht ausweisen kann, obwohl er es versucht, muß er ziemlich dürftige Kategorien zur Beurteilung der gewerkschaftlichen Politik zur Hilfe nehmen, die noch dazu widersprüchlich sind. Er spricht vom „Verzicht“ der Gewerkschaften: ihr Handeln als „Klassenhandeln“ zu bestimmen (S. 324), ihre

Beschlüsse in parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen umzusetzen (S. 333), Mitbestimmungs- und Sozialisierungsforderungen miteinander zu verknüpfen (S. 337), er spricht von der „Schwäche“ der gewerkschaftlichen Kampfpositionen (S. 351 f.), davon, daß ihnen die Zurückdrängung der Kapitaloffensive nicht gelungen sei (S. 338 f.). Es ist immer das gleiche Interpretationsmuster: die Gewerkschaften = die Gewerkschaftsführung haben „Macht“, die sie gar nicht gehabt haben oder die erst als existent ausgewiesen werden müßte, aufgegeben, auf sie verzichtet. Dabei muß Deppe selbst einräumen, daß die „Schwäche“ der Gewerkschaften gar nicht grundlos war, er betont nämlich mehrfach die „Stärke“ des Gegners und stellt damit selbst die „Macht“ der Gewerkschaften in Frage (S. 325, 327, 354).

Nun sind „Stärke“ und „Schwäche“ sowie „Verzicht“ recht merkwürdige Kategorien für eine dem Anspruch nach historisch-materialistische sozialwissenschaftliche Analyse: sie haben nämlich einen biologistisch-sozialdarwinistischen bzw. moralistischen Anstrich. Aber verbleiben wir dennoch im Begriffsrahmen von Deppe, und folgen wir ihm bei der Anwendung seines Schemas auf die Gewerkschaften selbst. Da zeigt sich auch in diesem Punkt eine Widersprüchlichkeit: Da sind denn offenbar die integrationistischen Kräfte stark und die „kämpfenden Arbeiter“ (so S. 334 f.) bzw. die „Lohnabhängigen und ihr aktiver gewerkschaftlicher Kern“ (S. 391), die ihre Ziele gegen die Integrationisten durchsetzen wollen, schwach. Warum — dies sieht auch Deppe ein: weil die „Keimformen des Klassenbewußtseins“ durch eine Konsumorientierung der von den Gewerkschaften vertretenen Arbeitnehmer überlagert wurden und eine entsprechende Erwartungshaltung an die Gewerkschaften herangetragen wurde (S. 352, 397). Dies war wohl weitgehend so; doch fragt es sich, ob hier bei Deppe nicht schematisch „Klassenbewußtsein“ mit bestimmtem vorgegebenem Inhalt gefüllt und mit einer bestimmten Erwartungshaltung bezogen auf bestimmte Kampfformen bzw. Kampfziele verbunden wird bzw. andere Vorstellungen von den Kampfformen und Kampfzielen als nicht legitim, für nicht diskussionswürdig gehalten werden: Eben so wie es in der marxistisch-leninistischen Tradition der Auffassungen über die Funktion der Gewerkschaften vorgegeben ist.

So fällt es Deppe gar nicht auf, bzw. er braucht den Punkt nicht zu diskutieren, weil er seinen Stoff in verschiedene Aspekte aufteilt und aus einer bestimmten Perspektive Zusammengehörendes trennen kann, daß der Metallarbeiterstreik von 1956, dem er selbst zutreffend exemplarische Bedeutung zuweist (S. 391 f.), im Jahre des KPD-Verbotes stattfand, auf das er selbst schwache Resonanz festgestellt hat: Die Ziele der kämpfenden Arbeiter sind andere gewesen, als Deppe es sich gewünscht hätte. So übersieht er auch die exemplarische Bedeutung des Metallarbeiterstreiks 1963 in Baden-Württemberg (S. 395) unter der Führung des wirklich radikalen Klassenkämpfers Willi Bleicher; für ihn und seine Arbeiter war es der Einstieg in die 40-Stunden-Woche, der Beginn der „Humanisierung der Arbeit“ – aber

das ist ja wie „Verbesserung der Lebensqualität“ für die Autoren der „Geschichte“ (wie auf S. 435 zu lesen) nur ein Schlagwort. So denken eben dogmatisch Vergewisserte an den Bedürfnissen derjenigen vorbei, die sie überzeugen wollen.

Da Frank Deppe nicht bereit ist, die fundamentale Diskreditierung der sozialistischen Positionen durch alle Varianten des Stalinismus zuzugeben, da er kein Verständnis für die historisch „verschlungenen Wege“ demokratisch-sozialistischer Positionen aufzubringen vermag, argumentiert er an den zentralen Problemen der gewerkschaftlichen Arbeit in den 50er und 60er Jahren vorbei, wie sie namentlich Theo Pirker auf den Begriff zu bringen versucht hat, wenn auch nicht ohne normative Vorgaben und Erwartungen („Die blinde Macht“!), die jedoch verständlich sind durch das Bemühen, den verbliebenen Bestand an Ideen und Wirklichkeit der Arbeiterbewegung unverändert zu erhalten.

Die Entwicklung der Jahre 1966—1976 aus der Sicht. . .

Die Autorengruppe dieses Abschnitts macht den Vorbehalt, daß sich ihre Darstellung „auf einige wesentliche Aspekte der gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Entwicklung“ beschränke, und verweisen auf die historische Unabgeschlossenheit zahlreicher Prozesse (S. 410)³⁰. In dem Beitrag werden zwei Entwicklungslinien durchgezogen. Die eine Linie ist durch folgende Punkte gekennzeichnet: Die gewerkschaftlichen Führungsgruppen wie die Mitglieder sind stark in die SPD eingebunden; auch die radikalen Führer geben ihre prinzipielle Kritik auf (wie Otto Brenner) oder wechseln „innerhalb kurzer Zeit“ ihre Positionen (wie Erich Frister), die Integrationisten dominieren, übernehmen Regierungsverantwortung bzw. lassen sich in diese Verantwortung einbinden (Leber, Arendt, Gscheidle); die Politik der Gewerkschaften wird konzeptionslos, unsicher und defätistisch (der IGM-Vorstand „dämpfte“ die Lohnauseinandersetzungen, die IG Chemie „schloß überraschend“ einen Manteltarifvertrag, die OTV läßt sich „ein Schlichtungsabkommen aufdrängen“, vgl. S. 427 f.); die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Politik sind durchgängig - gemessen an den jeweiligen Ausgangspositionen - defizitär (vgl. S. 439 ff. Revision des Betriebsverfassungsgesetzes, Personalvertretungsgesetz, Mitbestimmungsgesetz, Bildungspolitik). Dies alles erscheint als Ausdruck des im Endergebnis erfolgreichen Versuchs, insbesondere der sozial-liberalen Koalition, die Gewerkschaften in die Regierungspolitik einzubinden, um letztlich den Interessen der Unter-

30 Dies wird man bei der Beurteilung dieses Abschnittes beachten müssen; bedauerlicherweise begründen aber die Autoren nicht ihre Auswahl: was halten sie warum für „wesentlich“, was warum für „geschichtlich noch nicht abgeschlossen“? Überdies wird die Verwendung der Materialien für ihre Analyse nicht begründet bzw. scheint für sie selbstverständlich zu sein: es sind überwiegend die Publikationen des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt a. M., Zeitschriften wie „Marxistische Blätter“ und „Blätter für deutsche und internationale Politik“, gewerkschaftskritische Literatur wie die Kritischen Jahrbücher „Gewerkschaften und Klassenkampf“. Dagegen wäre absolut nichts zu sagen, wenn die gewerkschaftliche Selbstinterpretation in gleicher oder jedenfalls angemessener Weise berücksichtigt worden wäre. Aber letztlich liegt es in der Entscheidung eines Autors, welche Literatur er verarbeitet und welche nicht; es dient allerdings der angestrebten Aufklärung des Lesers, darüber zu informieren.

nehmer den Vorrang einzuräumen, wobei seitens der Regierung wie im Falle des Bundeskanzlers Brandt vor massiver Intervention in die Arbeitskämpfe nicht zurückgeschreckt wird. Nirgends steht es geschrieben, aber als Endpunkt dieser einen Linie drängt sich der Schluß auf (soll sich wohl auch aufdrängen), „daß die verräterische reformistische Politik rechter Gewerkschaftsführer die Gewerkschaften daran hinderte, . . . in der BRD erfolgreich für die Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse zu wirken“³¹.

Diese Eindimensionalität kommt dadurch zustande, daß nur sehr oberflächlich die gesellschaftlichen Macht- und die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik nach 1966 analysiert werden und das dünne Eis, auf dem die Reformpolitik nur in aller kleinsten Schritten vorangebracht werden konnte, dem Leser überhaupt nicht kenntlich gemacht wird. Die Lohnführerschaft der ÖTV 1973/74 und ihr erfolgreicher Kampf gegen die staatliche Lohnleitlinie wird positiv beurteilt: dieser erfolgreiche Kampf war aber einer der Anfänge vom Ende der Kanzlerschaft Willy Brandts und außerdem der Aufbruch zum Verteilungskampf innerhalb der Gewerkschaften angesichts der relativen Überprivilegierung des öffentlichen Dienstes, wenn man will: der Anfang des „Klassenkampfes nach innen“. Man kann selbstverständlich der Auffassung sein, daß die Reformschnippselei nichts bringt, daß nur durch eine klassenkämpferische autonome Gewerkschaftspolitik eine „grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse“ (vgl. S. 426, 457, 465) durchgesetzt werden kann. Dann aber muß man diese Alternative auch als eine realistische ausweisen können. Die andere Linie aber, die offeriert wird, ist nur eine Scheinalternative: Da beginnen sich die Lohnabhängigen zur Wehr zu setzen (S. 418 f.); da entsteht ein „neues gewerkschaftliches Selbst- und Kampfbewußtsein in der Arbeiterklasse der BRD“ (ebenda); da werden die Illusionen über die sozial-liberale Reformpolitik zerstört (S. 466); da zeigen die Erfolge der oppositionellen Gewerkschafter, daß sich Keimformen des Klassenbewußtseins entwickelt haben, die ihre Wirkung auch nach innen zeigen (S. 461).

Eine gewisse Radikalisierung und Profilierung bei den Tarifaueinandersetzungen nach außen und bei den Betriebsrätewahlen nach innen macht noch längst kein gesellschaftsveränderndes Potential. Die SPD wagt nach allen Wahlanalysen von einer absoluten Mehrheit noch nicht einmal zu träumen; die DKP sowie linkssozialistische und linkskommunistische Randgruppen sind bedeutungslose Minoritäten; der Einfluß der CDU (und wohl auch inzwischen der CSU) auf bestimmte Arbeitnehmergruppen ist ungebrochen bzw. nimmt zu. Und dies sind nicht nur einfache politische Zuordnungen, sondern sozialmilieuähnliche Bindungen. So geben denn die Autoren dieses Abschnitts selber zu, daß die Massenbasis für die Aufgabenstellung, die sie den Gewerkschaften zuweisen, gar nicht vorhanden ist (S. 466). Daß in der

31 So Heinz Deutschland, Dozent, Leiter der Forschungsgruppe Geschichte an der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“, Bernau bei Berlin, in seiner Rezension der „Geschichte“ in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 20. Jg. 1978, Heft 6; vgl. auch die Zitate S. 18 u. 23.

Krise angesichts der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse Veränderungen notwendig sind, ist nun schon zu oft gesagt. Aber wie sollen die Gewerkschaften ihre Aufgabe lösen: darüber wird bemerkenswert wenig gesagt. Man braucht angeblich nicht neue Theorien und Strategien. Aber ohne eine Analyse der Kräfteverhältnisse, ohne die genaueste Auslotung der Möglichkeiten für Handeln, ohne die Bestimmung der allgemeinen Ziele und gleichzeitig der konkreten Schritte wird man womöglich nur Minderheiten von Arbeitern in einen diffusen Radikalismus hineintreiben, der die Gewerkschaften in ihrer Handlungsfähigkeit behindert, ganz abgesehen von der indirekten Hilfeleistung für den Gegner. Eine kämpferische und autonome Gewerkschaftspolitik muß wohl etwas anders aussehen (und präziser in einen Bedingungsrahmen gestellt werden) als der hausbackene Katalog am Schluß der „Geschichte“. Da reichen Überlegungen innerhalb der Gewerkschaften inzwischen um vieles weiter.

Schluß jetzt: Kein Lehrbuch, aber dennoch lehrreich

Nach allem, was hier vorgetragen wurde, ist die „Geschichte“ nun wohl doch nicht als eine gewissermaßen Lehrbuch-fähige „große sozialwissenschaftliche und pädagogische Leistung“ zu bezeichnen. Aber - und dies uns Kritikern allen ins Stammbuch: „nur kein Neid!“ - es eignet sich hervorragend zum Kennenlernen und zur Auseinandersetzung mit den von den Autoren vorgetragenen Positionen - ob „parteikommunistisch“ oder nicht, wird dann zu einer Frage etwas vordergründiger, eiliger Etikettierung und zum Anlaß endlosen furchtbaren Streites. Ist es beim scharfen Hinsehen die unverkennbare Absicht der Autoren, in einem objektivistischen Gewande den Lesern über das Kennenlernen der Geschichte der Gewerkschaften zu einem bestimmten Verständnis seiner Gegenwart und zu einem diesem Verständnis entsprechenden Handeln hinzuführen, so bietet es auch entgegen den Absichten der Verfasser die Chance, sich über deren subjektive Absichten zu unterrichten. In dieser Hinsicht ist der praktische Lehrwert und der didaktische Zweck (wider Willen) des Buches nicht zu unterschätzen, wenn man Angebote zum alternativen Lesen, Lehren und Lernen wahrnimmt. Wahre Geschichte gibt es ebensowenig wie falsche (solange ein rationales Begründungsverfahren angewendet wird). Es kann für den Historiker jeweils nur darum gehen, in möglichst selbstkritischer Distanz und in möglichst fairer Auseinandersetzung mit entgegengesetzten Auffassungen den eigenen alternativen Blick zu begründen. Alles andere ist Ideologie, verführendes und verführtes Denken.

Wer als engagierter gewerkschaftlicher Praktiker diesen Beitrag gelesen hat, wird sich nun vielleicht enttäuscht fragen, woher er denn noch bei so viel Differenzierungen, Einschränkungen und Mahnungen aus der Geschichte die schwungebenden Antriebe für seine Arbeit über den Tag hinaus beziehen soll. Doch es besteht kein Grund zur Entmutigung: so wenig sich die Geschichte dazu eignet, den in der

HELGA GREBING

Gegenwart Lebenden die richtige Ideologie zu verpassen, so viel bietet sie an zu lernen, immer wieder neue Handlungsspielräume zu erkennen und auch im engsten Rahmen alternative Handlungsmöglichkeiten wahrzunehmen.